

25. Stadtrat Köck: Alternativ-Standort suchen und Umzug bezahlen



Oktober Geschrieben von: Frank Schumann

CDU-Fraktion bei Logoil – Bürgerinitiative will klagen

HALLE. Zurzeit ist es unruhig in Heide-Süd. Insbesondere machen sich zahlreiche Eigenheimbesitzer Sorgen, die hier in den vergangenen Jahren aus ihrer Sicht in ein sich entwickelndes und attraktives Wohngebiet investiert haben. Verantwortlich für die Unruhe ist die Genehmigung einer Abfallverwertungsanlage durch das Landesverwaltungsamt.

Wie SN bereits ausführlich berichtete, will die Logoil GmbH in einem thermo-katalytischen Verfahren Krankenhausabfälle verwerten und baut derzeit als Mieter der Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH (TGZ) in Heide-Süd eine aus mehreren Modulen bestehende Anlage auf. Mehrfach hat Logoil darauf verwiesen, dass es sich hierbei um eine Forschungsanlage handelt. Die spätere Produktionsanlage soll an einem anderen Ort entstehen, möglicherweise in Ammendorf.



Die öffentliche Diskussion hat die CDU-Stadtratsfraktion zum Anlass genommen, sich in dieser Woche vor Ort über die Anlage und einer möglichen Gefährdung der Anwohner informieren zu lassen – und dazu auch die interessierte Öffentlichkeit eingeladen. Rund 100 Interessierte, darunter die gegen die Anlage kämpfende Bürgerinitiative kamen und diskutierten teils so erregt und emotional, dass in der knapp dreistündigen(!) Veranstaltung zeitweise Einlader, Gastgeber und Gäste nicht von einander zu unterscheiden waren. Trotzdem schien Logoil-Geschäftsführer Helmut Göldner sichtlich um größtmögliche Transparenz bemüht, schilderte ausführlich die von ihm geplanten Vorhaben und Prozesse und antwortete auch geduldig auf die zahlreichen Fragen.

Anders als mehrere Kommunalpolitiker, so auch CDU-Fraktionschef Bönisch, konnte der Logoil-Gründer die Vertreter der Bürgerinitiative in ihrer grundsätzlichen Skepsis nicht umstimmen. Dies liegt wohl darin begründet, dass die beantragten und genehmigten Möglichkeiten, die sich aus dem Bundesimmissionsschutz-Beschluss des Landesverwaltungsamtes ergeben, deutlich weiter gehen, als die von Göldner und seinen Mitstreitern am Mittwochabend dargestellten Vorhaben und Planungen.



Allerdings ist Helmut Göldner sicher der falsche Adressat für das Grundproblem des aktuellen Ärgernisses. In diesem Sinne wies er geäußerte Vorwürfe vehement zurück, er hätte eine Lücke im gültigen Bebauungsplan Nr. 32.4 für sein Vorhaben ausgenutzt. „Ich kannte bei der Antragstellung nur diese Form des Bebauungsplans“, erklärte der Logoil-Geschäftsführer. Damit meint Göldner den aktuell immer noch bestehenden B-Plan, der Produktionsanlagen in Heide-Süd zulässt.

Diese Ansiedlungsmöglichkeit von Produktionsanlagen hatte Halles Stadtrat im März 1997 per Beschluss gestrichen. Die Stadtverwaltung vergaß jedoch die Änderung vor der Einreichung zur B-Plan-Genehmigung an das damalige Regierungspräsidium. Die gestrichene Passage war somit nicht Bestandteil der Genehmigung und Veröffentlichung.

Wie ist nun die Rechtslage? Gibt es keinen gültigen Bebauungsplan (Argumentation der Stadt); oder ist der Fehler wegen nicht erfolgtem Widerspruch inzwischen (nach sieben Jahren) geheilt und der Bebauungsplan in seiner ursprünglichen Form (Produktionsanlagen sind zulässig) gültig. Die Bürgerinitiative will gegen den Beschluss jedenfalls klagen (Frist bis 30. Oktober). Ein Kenner des Verwaltungsrechts sagte dazu am Freitag auf SN-Anfrage, er erwarte ein spannendes und

langwieriges Verfahren.

Dies sieht der Umweltpolitiker Uwe-Volkmar Köck (Die Linke, MdL und Stadtrat) nicht anders. Köck beschäftigt sich seit längerer Zeit mit der Problematik und insbesondere mit der fehlerhaften Bebauungsplan-Genehmigung. Gegenüber SN sieht Köck die Schuld an der jetzigen Situation allein bei der Stadtverwaltung und fordert sie zum sofortigen Handeln auf: „Die Stadt hat das verbockt. Sie sollte jetzt möglichst schnell nach einem Alternativ-Standort suchen und den Umzug auch bezahlen.“

Aktualisiert (Samstag, 25. Oktober 2008 um 22:13)